BStU 000120

Am 2. 5. 1974 wurde auf der Grundlage entsprechender Vereinbarungen zwischen der Regierung der DDR und der BRD<sup>1</sup> die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in der Deutschen Demokratischen Republik (Ständige Vertretung) mit dem völkerrechtlichen Status einer diplomatischen Mission mit allen sich daraus ergebenden Immunitäten und Privilegien eröffnet. Mit Beginn ihrer Tätigkeit wird seitens der Ständigen Vertretung ihre legale Position sowie die bevorrechtete Stellung zu subversiven Zwecken mißbraucht und versucht, sich in die inneren Angelegenheiten der DDR einzumischen. So erfolgt unter Berufung auf die revanchistische These von der Einheit der deutschen Nation die Inanspruchnahme von Staatsbürgern der DDR als Staats bürger der BRD durch die Ermittlung und Erfassung von Bürgern der DDF die beabsichtigten, die DDR zu verlassen, eine Anleitung und Beratung der "ausreisewilligen" Bürger der DDR bezüglich ihres weiteren Vorgehens bzw. Verhaltens gegenüber den zuständigen Organen der DDR sowie Versuche der konsularischen Betreuung von in der DDR verhafteten Bürgern der DDR, die vor ihrer Verhaftung die DDR ungesetzlich verlassen hatten, ebenso bei Strafgefangenen.

Im Rahmen von durch die Linie IX des MfS bearbeiteten Ermittlungsverfahren wurde erarbeitet, daß die Mitarbeiter der Ständigen Vertretung, insbesondere der Abt. 3 (Recht),im Zusammenhang mit der "Beratung ausreisewilliger" DDR-Bürger diese

- zur Informationsgewinnung unter anderem zu Problemen des Untersuchungs- und Strafvollzuges nutzten,
- zur Begehung von Straftaten aufforderten, indem sie anregten, Verbindung zum Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen aufzunehmen und sich als "Antragsteller" registrieren zu lassen, um danach in dessen Auftrage handeln zu können.

<sup>1</sup> Vgl. Artikel 8 des "Vertrages über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD" (Berliner Vertrag vom 21. 12. 1972) und Protokoll vom 14. 3. 1974 ("Außenpolitische Korrespondenz" Nr. 12/74, S. 76) über die Errichtung Ständiger Vertretungen der DDR und BRD